

Rudolf Hickel

Raus aus der EFSF-Rettungsfalle

Wer geglaubt haben sollte, mit dem dramatisch zugespitzten Beschluss des Deutschen Bundestags zur EFSF, dem Rettungsfonds mit Sitz in Luxemburg, würde wenigstens für die nächsten Monate Ruhe einziehen, der hat sich böse getäuscht. Der parlamentarische Schwur auf die maximale Garantiesumme von 440 Mrd. € war bereits bei der Abstimmung im Bundestag brüchig. Über Instrumente, mit denen, wie es Wolfgang Schäuble vornehm nennt, die Effektivität des Rettungsschirms erhöht werden soll, wurde bereits spekuliert. Im schnöden Deutsch der Finanzjongleure heißt das, es soll mit dem Hebel (Leverage), also mit geringer Kraft, das Kreditvolumen für die Krisenstaaten erhöht werden. Mit diesen finanztechnischen Manövern werden diejenigen bestätigt, die von Anfang darauf hingewiesen haben, dass das Gesamtvolumen für die faktischen und potenziellen Fluchtstaaten unter den Rettungsschirm niemals ausreichen werde. Allein wenn Italien dazu käme, würden die Mittel bei weitem nicht mehr ausreichen. Anstatt diese Hebelinstrumente offen im Bundestag zu diskutieren, sind die Parlamentarier sowie die Öffentlichkeit getäuscht worden. Vor allem aber steht diese Geheimnistuerei durch die Bundesregierung im Widerspruch zu den durch das Bundesverfassungsgericht am 7. September verordneten Prinzipien Transparenz und Entscheidungshoheit des Parlaments. Denn unbestreitbar ist, dass mit den Hebelinstrumenten am Ende die Risiken auf fällig werdende Garantien zunehmen und damit auch die im Extremfall eintretende Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht nur in Deutschland explodieren wird. Das zeigt ein kurzer Blick auf die diskutierten Hebel. Die Bankenlösung sieht vor, dass die EFSF als Bank den Zugang zur Geldbesorgung bei der Europäischen Zentralbank erhält. Dann kann sie sich durch die Weitergabe etwa italienischer Anleihen an die Notenbank Geld zu einem niedrigen Zinssatz besorgen. Und dafür bürgen am Ende die Mitgliedsländer der Europäischen Notenbank. Der andere Hebel wird

als Versicherungslösung bezeichnet. Der EFSF sichert nicht die gesamte Kreditsumme, sondern nur einen Teil ab. Wer Italien einhundert Euro leiht, bekäme bei Verlust wenigstens zwanzig Prozent. Damit ließen sich aus 100 Mrd. € Finanzmittel beim Rettungsschirm das Zehnfache an Krediten erzielen.

Das Elend des Rettungsschirms ist unübersehbar. Die Hebelelei erhöht das Misstrauen in das Mega-Projekt. Vor allem aber fehlt der Mut hinreichender Bedingungen für das Gelingen des Rettungsfonds. Die EFSF kauft nur Zeit und hält in dieser Phase Spekulanten aus der Anschlussfinanzierung in Krisenstaaten raus. Wenn es dabei bleibt, dann werden Milliarden in der Rettungsfalle verschwinden. Denn am Schuldenberg Griechenlands ändert sich nichts. Es kommt nur zu einer Verschiebung der Struktur der Gläubiger von den bisherigen Eigentümern von Staatsanleihen zum Rettungsfonds nach Luxemburg. Die Zeit, die der Rettungsschirm bietet, muss endlich zu einem obligatorischen Schuldenschnitt („hair cut“) genutzt werden. Würden die Staatsschulden Griechenlands von derzeit über 350 Mrd. € halbiert, dann würde die Hälfte der heutigen Zinszahlungen entfallen. Sicherlich, der Schuldenschnitt ist heftig umstritten. Linke fürchten den Zusammenbruch der Lebensversicherungen. Namhafte Banker warnen vor einem Dominoeffekt, der das Euroland abstürzen lassen würde. Nachdem jüngst Josef Ackermann gegen diesen Schuldenschnitt opponiert hat, beweist er selbst, dass der durch ihn betriebene und auf dem EU-Sondergipfel beschlossene freiwillige Teilverzicht durch die Gläubiger sich als Mogelpackung entlarvt. Freiwillig wird auf einundzwanzig Prozent der Ansprüche aus den bisherigen Schuldentiteln verzichtet. Banken und Versicherungen werden durch den freiwilligen Teilverzicht zu Profiteuren. Die bereits getätigten Abschreibungen liegen bereits bei unter sechzig Prozent des Nominalwerts dieser Anleihen. Dagegen erhalten sie bestens benotete Anleihen. Das sind praktisch Eurobonds, für die alle Mitgliedsländer bürgen. Ein obligatorischer Schuldenschnitt von bis zu fünfzig Prozente nimmt die Banken in die Pflicht und ist machbar.

Der Zeitkauf durch den Rettungsschirm lohnt sich nur, wenn neben dem Schuldenschnitt grundlegend eine Sanierungsstrategie in den Krisenländern unterstützt wird. Derzeit wird die neoliberale Peitsche geschwungen: Finanzhilfen gibt es nur, wenn eine massive Austeritätspolitik mit Einsparungen und sozial belastenden Steuern durchgesetzt wird. Wer sich wundert, dass Griechenland die jüngste Zielgröße der Troika-Protpektoren von 7,4% Neuverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht erreicht, der ist entweder makroökonomisch dumm oder ein Zyniker. Infolge der Belastungen der Binnenwirtschaft kann gar nicht so schnell die Neuverschuldung sinken wie die gesamtwirtschaftliche Produktion zusammenbricht. In der durch den Rettungsfonds gekauften Zeit muss ein Programm zum nachhaltigen Aufbau der griechischen Wirtschaft durchgesetzt werden. Das derzeitige Duett der Geberländer Finanzieren und Disziplinieren wird am Ende den ökonomischen und sozialen Absturz Griechenlands beschleunigen. Die Gefahr einer auseinanderbrechenden politischen Demokratie ist groß. So lange der Schuldenschnitt plus Sanierungsstrategie verweigert wird, dienen die Rettungsmilliarden nur dem Schutz der Eigentümer griechischer Anleihen. Der Preis bezahlt Griechenland und die Steuerpflichtigen in den haftenden Euroländern.
